

## Rat jetzt einstimmig für offene Ganztagschule

Eingereicht von S.Erdmann am 21. Dez 2011 - 21:49 Uhr

Die offene Ganztagschule zum nächsten Schuljahr 2012/2013 auf Juist kommt! - Nunmehr einstimmig befürwortete der Rat auf seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstagabend im Dorfgemeinschaftshaus den Antrag der Schulleitung auf Einrichtung einer solchen Schulform. Die CDU hatte einen entsprechenden Antrag formuliert. So wird der Anerkennung nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Landesschulbehörde/Kultusministerium dem von der Inselschule eingereichten Konzept ebenfalls zustimmt. Außerdem ist Bestandteil des Beschlusses, dass das Projekt „Zusammenlegung Schule-Kindergarten“ weiterverfolgt und von der Verwaltung zeitnah eingebracht wird. Auch über die Einführung der Oberschule soll in Zukunft noch gesprochen werden.

„Gerade die CDU-Fraktion war sehr skeptisch und sah alles mit sehr heißer Nadel gestrickt“, so Gerd Rinderhagen. Inzwischen habe er aber eine Reihe von Gesprächen mit dem Landkreis und dem Kultusministerium geführt, wobei heraus kam, dass diese Behörden es gerne sehen würden, wenn das Projekt schnellstmöglich auf dem Weg gebracht wird. Zudem wolle der zuständige Sachbearbeiter im Kultusministerium für weitere Gespräche und Beratungen im Januar nach Juist kommen.

Ratsvorsitzender Jens Heyken ließ die Sitzung unterbrechen, um auch den Zuhörern Gelegenheit zu geben, ihre Meinung kund zu tun und Fragen zu stellen. Hieraus entwickelte sich ein Disput zwischen Schulleiter Martin Tecklenburg und den Elternvertretern. Angelika Bockelmann, Mitglied vom Schulelternrat und Vertreterin der Eltern im Schulausschuss, sprach sich zwar für die Ganztagschule aus, bemängelte aber, dass die Elternschaft bei der konzeptionellen Planung nicht mit einbezogen war. Man distanzieren sich deshalb von dem pädagogischen Konzept.

Tecklenburg konnte diese Kritik nicht nachvollziehen, immerhin habe man in einem Elternbrief alle Eltern zur Mitgestaltung eingeladen. Gekommen war zu dem Termin lediglich ein Elternteil. Dieser einzige Vater, Andreas Arneke, war ebenfalls als Zuhörer dabei. Er habe damals gegen das Konzept gestimmt, da es noch zu viele offene Fragen enthielt und es zum Teil nicht sinnvoll für die Kinder sei. Er befürchte, dass das Konzept, wie vor vier Jahren auch, vom Kultusminister abgelehnt werde. Die Gleichstellungsbeauftragte Anette Moritz nannte es befremdlich, dass so wenige Eltern von der Möglichkeit der Einflussnahme Gebrauch gemacht hatten. Wenn aber jetzt Fachleute aus Hannover zur Insel kommen wollen, dann sieht sie hierin eine große Chance, die Dinge in die richtige Richtung zu bringen.

Die Nachfrage in Hannover hatte auch ergeben, dass es keine strengen Bestimmungen hinsichtlich des Mittagessens gebe, wie man auf der Schulausschusssitzung angenommen hatte. Wie dieses tatsächlich auszusehen hätte, obliegt dem Willen der Eltern. Bei Bürgermeister Dietmar Patron, der beim Schulausschuss noch dafür plädierte, mit einer Entscheidung zu warten, bis ein Konzept über die Zusammenlegung von Kindergarten und Schule vorläge, hatte aufgrund der neuen Erkenntnisse ein Umdenken stattgefunden: „Ich kann den Antrag so mittragen. Wir sollte dann gleich nach Weihnachten anfangen, es geht schließlich um unserer Kinder.“

Patron berichtete zum Thema der CO<sub>2</sub>-Speicherung in der Nordsee, dass zwar der Bundesrat dem nicht zugestimmt hat, die Firma Vattenfall beleidigt sei und sich von dem Projekt zurückgezogen hat, aber dass sich nun die EU-Kommission damit beschäftigt, und auch sie habe die Nordsee als Lager im Blick. Patron: „Das ist ein Schlag ins Gesicht, auch das der Bürger.“ Er forderte dazu auf, sich weiter gegen diese Pläne zu wehren.

Die Höhe des Kurbeitrages im vergangenen Monat lag um 73,28 Prozent höher als im November 2010, berichtete Patron. Diese Zahl sei aber nicht aussagekräftig, weil sich in diesem Jahr die Herbstferien bis in den November verschoben hatten. Wenn er aber die Zahlen Oktober und November gemeinsam vergleiche, dann gäbe es in diesem Jahr immerhin ein Plus von 20 Prozent. Patron: „Eine erstaunliche Zahl, die uns zeigt, dass Juist auch in der Nachsaison gut angenommen wird.“ Hierzu müsse man dem Gast aber auch was bieten, deshalb hält er die neue Sauna für wünschenswert. Zudem berichtete der Bürgermeister, dass der erste Nachtragshaushalt vom

Landkreis zwischenzeitlich genehmigt wurde.

Die Verwaltung soll Grundlagen erarbeiten, in welchen Fällen Ausnahmegenehmigungen für den Transport von Fahrzeugen über 6 Tonnen erteilt werden können. Aktueller Anlass war der Antrag eines Bauunternehmers aus Wardenburg, der an der Flugplatzstraße einen rund 17,5 Tonnen schweren Baukran stehen hat, dieser soll jetzt zu den Saling-Häusern im Ostdorf wegen einer Dachsanierung umgesetzt werden. Die Inselstraßen sind nur bis 6 Tonnen gewidmet, die Mehrheit des Rates stimmte dennoch dem Transport mit Auflagen zu, da sich das Krangewicht auf drei Achsen verteilt. Bürgermeister, Ratsvorsitzender und die beiden Vertreter von Pro Juist stimmten dagegen. Meint Habbinga: „Der Riesenkran für eine Dachsanierung ist nicht nachvollziehbar. Das machen andere Firmen mit einem Dachlift.“

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der CDU auf Änderung der Zuständigkeiten. Hierdurch soll erreicht werden, dass mehr Dinge, die bisher im Verwaltungsausschuss beschlossen wurden, zukünftig im Rat und somit öffentlich abgehandelt werden. Jan Doyen-Waldecker konnte es sich nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, dass er sich besonders freue, dass der Antrag vonseiten der CDU-Fraktion käme. Er habe das bisherige Verfahren immer kritisiert, viele Entscheidungen seien ohne Einflussmöglichkeit des Rates gefallen. Frank Endelmann bemängelte, Doyen-Waldecker habe zwar fünf Jahre darüber gemeckert, aber nie selbst einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht.

Ansonsten wurde eine große Zahl von Punkten in Rekordzeit abgehandelt. Diese Dinge waren unstrittig und/oder bereits in den Ausschüssen vorbereitet. So wurde die Hauptsatzung der Inselgemeinde und die Betriebssatzungen der Eigenbetriebe „Wirtschaftsbetriebe“ und „Kurverwaltung“ beschlossen, das Gebührenmodell Zimmernachweis/Zimmervermittlung mit seinen Neuerungen auf den Weg gebracht, die Auflagenhöhe für den Katalog 2013 festgelegt und die neuen Benefits der Kurverwaltung für die Gäste genehmigt.

Des Weiteren wurden Martin Tecklenburg (Lehrerschaft), Angelika Bockelmann (Elternschaft) und Svena Vielhaber (Schülerschaft) als Mitglieder in den Schulausschuss berufen. Als Beschäftigtenvertreter in den Bäderausschuss wurden Carsten Werner, Peter Jansen und Michael Bockelmann (der dritte Vertreter muss von außerhalb kommen) bestätigt. Da der Rat bei der Annahme von Zuwendungen über 2000 Euro zustimmen muss, ging auch die Spende der Juist-Stiftung in Höhe von 2.053,53 Euro über den Ratstisch. Natürlich einstimmig, denn die Spende diene zur Unterstützung des Projektes „Gästeorchester“.

Auch der Abschluss einer Vereinbarung mit der EWE, in 2012 und 2013 Strom aus regenerativen Energiequellen zu beziehen, wurde einstimmig abgesegnet. Bereits seit 2008 liefert die EWE Biostrom für die Inselgemeinde. Die Feststellung der Jahresabschlüsse 2010 für die Eigenbetriebe „Kurverwaltung“ und „Wirtschaftsbetriebe“ und deren Lageberichte waren schnell durch, wobei sich die sechs neuen Ratsmitglieder der Stimme enthielten. Jan Doyen-Waldecker wies noch mal darauf hin, dass der Verlust in Höhe von 144.998 Euro in der Sparte „Seehafen“ so zukünftig nicht mehr anfällt. Darin enthalten sei ein einmaliger Zuschuss von 150.000 Euro, den der Segel-Klub Juist für die so genannte Erstbaggerung erhielt. Der Punkt „Aufwandsentschädigungssatzung“ wurde abgesetzt. Zwölf Zuhörer waren dabei, in der Einwohnerfragestunde gab es von diesen keine Wortmeldungen.

Unser Foto zeigt die Inselschule Juist, die ab dem kommenden Jahr zu einer offenen Ganztagschule werden soll.  
JNN-Foto: Stefan Erdmann